



CH-3003 Bern, EDA, DB

**A-Post**

FRIEDENSBRUGG  
c/o Frau Agathe Schuler  
Waldeckweg 39  
4102 Binningen

Bern, 10. Juni 2015

**Basler Appell für internationale Flüchtlings-Territorien**

Sehr geehrte Frau Schuler  
Sehr geehrter Herr Fankhauser  
Sehr geehrter Herr Kuhn

Besten Dank für Ihre Petition betreffend Errichtung internationaler Flüchtlings-Territorien, von der ich Kenntnis genommen habe.

Das Eidgenössische Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) teilt Ihre Sorge hinsichtlich der weltweit grossen und steigenden Zahl vertriebener Menschen und schätzt die Bemühungen Ihres Komitees, über mögliche Ansätze zu einer Verbesserung der Situation für die Betroffenen nachzudenken. Den von Ihnen in der Petition vorgeschlagenen Lösungsansatz - die Schaffung einer völkerrechtlichen Norm mit dem Ziel „gewaltsam Flüchtlings- und Vertriebenenströme verursachende Länder“ dazu zu verpflichten, den betroffenen Menschen „proportionale Teile ihres Staatsgebietes als Mitgift mitzugeben“ – erachtet das EDA aus unterschiedlichen Gründen als problematisch und nicht umsetzbar.

Unsere Bedenken stützen sich zum einen auf den völkerrechtlichen Grundsatz der Souveränität, welcher jedem Staat Selbstbestimmtheit in Fragen der eigenen staatlichen Gestaltung (Souveränität nach innen) sowie seine grundsätzliche Unabhängigkeit von anderen Staaten (Souveränität nach aussen) garantiert und Fremdherrschaft sowie Einmischung in innere Angelegenheiten ausschliesst. Angesichts der bestehenden internationalen Struktur sowie der entsprechenden politischen Machtverhältnisse bezweifeln wir, dass sich auf internationaler Ebene eine Mehrheit für einen solchen Vorstoss finden könnte – dies besonders, weil der Lösungsansatz Ihrer Petition Sanktionen erlauben würde, durch welche die internationale Gemeinschaft in die Souveränität von Staaten eingreifen könnte.

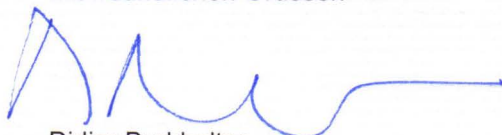
Zum anderen sind Verreibungen und Fluchtbewegungen multidimensionale und multikausale Phänomene. Nationalstaaten sind nicht mehr die einzigen Akteure in den internationalen Beziehungen. Heute sind vermehrt auch nichtstaatliche Akteure verantwortlich für bewaffnete Gewalt und Verreibungen. Hinzu kommen regionale und kontextbezogene Faktoren, die zu berücksichtigen sind. Schliesslich muss befürchtet werden, dass die Errichtung internationaler Flüchtlings-Territorien bestehende Konflikte verschärfen und neue Konflikte mit regionalen Implikationen und unabsehbaren Folgen zum Ausbruch bringen würde.

Trotz dieser Bedenken wissen wir Ihre Bemühungen für mögliche Lösungen hinsichtlich der grossen Zahl weltweit Verriebener zu schätzen. Wir teilen Ihre Einschätzung dahingehend, dass mögliche Lösungen für diese Problematik nicht nur in den Aufnahmestaaten beispielsweise Europas, sondern auch direkt in den Herkunftsregionen gesucht werden sollten.

Die Schweiz ist in diesem Bereich bereits aktiv: Mittels ihres migrationsaussenpolitischen Instruments *Protection in the Region* (PiR) konnte sie ihr Engagement zugunsten von Flüchtlingen, intern Vertriebenen sowie schutzbedürftigen Migrantinnen und Migranten in den Erstaufnahmeländern in der Region über die letzten Jahre massgeblich verstärken. Aktuell werden zwei solche Programme umgesetzt, eines in der von der Syrienkrise betroffenen Region und das zweite im Horn von Afrika. Die Ziele dieser beiden Programme bestehen unter anderem darin, schutzbedürftigen Personen schnellstmöglich wirksamen Schutz in ihren Herkunftsregionen zu gewähren, die betroffenen Erstaufnahme- und Herkunftsländer zu unterstützen, damit diese ihren internationalen Verpflichtungen zum Schutz der Flüchtlinge, intern Vertriebenen sowie Migrantinnen und Migranten nachkommen können, einen Policy- und Schutzdialog zwischen der Schweiz und den Erstaufnahmestaaten von Vertriebenen und vulnerablen Migrantinnen und Migranten zu fördern sowie nachhaltige Lösungen wie die Wiederansiedlung in einem Drittstaat, lokale Integration oder Rückkehr in Sicherheit und Würde zu suchen.

Ich kann Ihnen versichern, dass sich die Schweiz auch künftig dafür einsetzt, die enormen Herausforderungen, welche mit der hohen Zahl Verriebener weltweit in Zusammenhang stehen, umfassend und damit auch in den Erstaufnahmeregionen Verriebener anzugehen und dabei weiterhin den Fokus auf den Schutz der Betroffenen zu legen.

Mit freundlichen Grüssen



Didier Burkhalter  
Bundesrat